

AUSGABE VOM 20. JANUAR 2023

Förderchaos: Bundesbauministerin muss dringend nachsteuern

Der Wohnungsneubau ist zum Jahresbeginn erneut eingebrochen. Jede dritte für die Jahre 2023 und 2024 geplante Wohnung werde auf Eis gelegt, ermittelte die Wohnungswirtschaft in einer Umfrage. Gründe seien die steigenden Baukosten und Zinsen sowie das „Förderchaos“ auf Bundesebene. Allein in NRW würden bis 2024 mehr als 4 % aller geplanten Wohnungen komplett gestrichen. Ursache für die Stornierungswelle ist für mehr als 60 % der befragten Unternehmen die „nicht verlässliche“ oder „unzureichende“ Förderung von Neubauvorhaben durch den Bund. CDU-MdB Michael Breilmann: „Wo bezahlbarer Wohnraum gefordert ist, muss auch ausreichend und verlässlich gefördert werden. Die Bundesbauministerin muss nachsteuern!“.

Regierung zum Anti-Terror-Einsatz in Castrop-Rauxel befragt

Gut zehn Tage nach einem Anti-Terror-Einsatz in Castrop-Rauxel fand am Mittwoch im Innenausschuss des Bundestages auf Antrag der Unions-Fraktion eine parlamentarische Nachbereitung der Erkenntnisse statt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Innenexperte Michael Breilmann hatte zeitnah nach den Ereignissen in seiner Heimatstadt, bei dem zwei iranische Brüder unter dem Tatverdacht der Vorbereitung eines mutmaßlich islamistischen Anschlag mit Giftstoffen festgenommen wurden, für seine Fraktion federführend einen Bericht der Bundesregierung initiiert. Das Innenministerium sowie Vertreter von Polizei und Verfassungsschutz standen den Abgeordneten



„Wir hatten auch Glück, das Schlimmere verhindert wurde. Das darf uns nicht ruhen lassen“: MdB Breilmann zieht im Anschluss an die Innenausschusssitzung eine nüchterne Bilanz. (Foto: Privat)

Rede und Antwort. BKA-Vizepräsident Jürgen Peter sprach gut eine Stunde lang über die Festnahmen und Hintergründe. „Was deutlich wurde: Wir haben wirklich Glück gehabt, dass es diesen Tipp eines ausländischen Geheimdienstes gab“, erklärte Breilmann nach der Sitzung. Auf dem Radar der inländischen Geheimdienste standen beide nicht.

„Die IP-Adresse ergab letztlich den entscheidenden Treffer“, so Breilmann. Die Daten seien zur Zeit der Anfrage des BKA an den Provider 6,5 Tage alt gewesen. Nach sieben Tagen wären sie gelöscht worden. In Bezug zu Befugnissen der Behörden zur Telekommunikationsüberwachung habe sich die Haltung in der Regierung leider nicht geändert, berichtet Breilmann. Man reagierte ausweichend

und wolle erst weitere Ermittlungen abwarten. Ohne klare gesetzliche Pflicht speichern die Telekommunikationsunternehmen Daten aktuell unterschiedlich lange. Zu oft sind die Daten deshalb nicht mehr vorhanden. Eine Speicherung sei nach EuGH-Urteil zulässig u.a. zum Schutz der nationalen Sicherheit und zur Bekämpfung schwerer Kriminalität. „Im schlimmsten Fall hätten auch Menschen aus der Region an Leib und Leben betroffen sein können. Es kann nicht sein, dass wir in einem so zentralen Aspekt von Hinweisen anderer Nachrichtendienste abhängig sind. Die Regierung darf die Probleme nicht aussitzen. Ich werde die Thematik weiter intensiv begleiten, darauf können sich die Menschen verlassen!“, bilanziert Breilmann nach der Sitzung.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Start ins neue Jahr entwickelte sich leider mancherorts zur Silvester-Tortur für die Rettungskräfte. Etliche Böller-Chaoten attackierten Rettungskräfte



und Polizisten mit der Pyrotechnik. Nicht nur in Berlin, sondern auch an vielen Orten in NRW gab es Randalen und Attacken auf Einsatzkräfte. Die Tatverdächtigen sind überwiegend männlich und hätten etwa zur Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft. Allein in NRW wurden 41 Polizisten in der Silvesternacht verletzt. Rechtsfreie Räume sind nicht hinnehmbar. Die Bestrafung der Täter muss auf dem Fuße folgen.

Im Fall von Lützerath, über 100 verletzte Polizistinnen und Polizisten im Zuge der Räumung, ging es um Entscheidungen, die in Parlamenten getroffen und von Gerichten bestätigt worden sind. Die Einsatzkräfte sahen sich mit Parolen wie „Zwischen Bullenhelm und Nasenbein passt immer noch ein Pflasterstein“ oder „Cops töten“ konfrontiert. Die Polizei wird dort in unmögliche Situationen gebracht, weil Entscheidungen des demokratischen Staates nicht akzeptiert werden. Die Demonstranten verhalten sich zum Teil unfassbar respektlos und aggressiv. Den Männern und Frauen, die im Dienst für uns alle attackiert wurden, möchte ich an dieser Stelle danken. Sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Ihnen gebührt Dank, Respekt und Anerkennung, und zwar an 365 Tagen im Jahr.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Aktuelle Stunde zur Räumung des Ortes Lützerath

Der Bundestag hat sich am Freitag als letzten Tagesordnungspunkt der Sitzungswoche mit den Ereignissen in der Siedlung Lützerath befasst. In einer Aktuellen Stunde mit dem Titel „Lützerath – Angriff auf den Rechtsstaat“ debattierte das Plenum über die Ausschreitungen rund um den Abriss des Dorfes Lützerath zur Ausdehnung des Tagebaus Garzweiler. Dabei stellte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann klar hinter die eingesetzten 3.700 Beamtinnen und Beamten aus Bund und nahezu allen Bundesländern und lobte die besonnene aber klare Haltung von NRW-Innenminister Herbert Reul sowie der Einsatzleitung vor Ort. Er dankte den Einsatzkräften für ihren Dienst und wünschte insbesondere den gut 100 verletzten Beamtinnen und Beamten schnelle Genesung. „Es ist gut und richtig, dass Menschen in unserem Land für ihre Anliegen demonstrieren können. Aber das geht nur friedlich“, so Breilmann. Sorge bereiteten ihm Versuche der Einflussnahme von Extremisten auf die Akteure, Organisationen und Gruppierungen der „Klima-Bewegung“. „In Lützerath haben zum Teil Linksextremisten zivildemokratische Kräfte vereinnahmt“, warnte Breilmann. „Der Zweck heiligt die Mittel - das kann, das darf kein Motto im demokratischen Rechtsstaats sein. „Wir müssen die schützen, die uns schützen! Die Polizei in Lützerath stand für uns alle ein, um das demokratisch gesetzte Recht durchzusetzen“, so der Innenexperte und verwies auf die Ausnahmesituation für die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten, die mit Steinen, Flaschen, Molotow-Cocktails und Pyrotechnik beworfen wurden. „Rechtsfreie Räume werden wir als CDU und CSU weder in Lützerath noch an einem anderen Ort in Deutschland tolerieren!“, so das Innenausschussmitglied abschließend.



Verurteilt scharf die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in Lützerath: CDU-Bundestagsabgeordneter Michael Breilmann bei seiner [Rede](#) am Freitag im Plenum des Deutschen Bundestages. (Bild: Privat)

Praktikanten der Bundestagsverwaltung zu Gast



Die Praktikanten der Bundestagsverwaltung haben in Sitzungswochen ein volles Programm. Dazu gehören Gespräche mit Abgeordneten, zu denen es eine Verbindung gibt. „Ihr dürft alles fragen!“ war die Ansage ihres Betreuers. Um gut vorbereitet zu sein, haben sie sich vorab mit den Biografien und den inhaltlichen Schwerpunkten ihrer Gesprächspartner beschäftigt. Drei der Praktikanten waren am Montag zu Besuch bei CDU-MdB Michael Breilmann. Das Spektrum ihrer Fragen reichte von der Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus bis hin zum Terror-Alarm in Castrop-Rauxel. „Lovis, Ronja und Samuel, ich fand es sehr spannend Eure Fragen zu beantworten und wünsche Euch allerbesten Erfolg für Euer Praktikum und alles, was darauf folgt!“, so Breilmann im Anschluss. (Bild: Privat)

Silvesterkrawalle: Rechtsstaat muss Stärke zeigen

Am Mittwoch kam es in der von der Unions-Fraktion beantragten Debatte mit dem Titel „Die Silvesterkrawalle als Ausdruck von Respektlosigkeit gegenüber dem deutschen Staat und seinen Einsatzkräften“ vor dem Hintergrund der Angriffe gegen Rettungs- und Sicherheitskräfte zu einer scharfen Kontroverse über die Ursachen der Übergriffe. „Da waren Täter am Werk, die den Staat und seine Repräsentanten ablehnen. Ihnen feindlich gegenüberstehen. Das werden wir nicht hinnehmen“. Man könne auch nicht übersehen, dass die Täter überwiegend junge Männer mit Migrationsgeschichte gewesen seien. „Den Rechtsstaat durchsetzen heißt: Ausstattung und Ausrüstung der Polizei verbessern sowie Klarheit über Täter, Strukturen und Brennpunkte der Gewalt gegen alle Einsatz- und Rettungskräfte schaffen“, so MdB Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 22 der 20. Wahlperiode

20. Januar 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häbeler